

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

22. Januar 2014

CDU-Juristen fordern: Bund soll öffentliche WM-Übertragungen erlauben

*LACDJ-Landesvorsitzender Dr. Ganter: Gesamtlärmbelastung zukünftig in der TA
Lärm berücksichtigen*

In den Kommunen laufen die Überlegungen, für die Fußballweltmeisterschaft im Juni 2014 Public Viewing zu ermöglichen. Der Austragungsort Brasilien bringt aber einige Herausforderungen mit, denn die Spiele mit Beteiligung der DFB-Elf beginnen teilweise erst um 22 Uhr, andere Spiele auch erst um Mitternacht.

„Ganz Deutschland drückt unseren Jungs die Daumen“, so der Vorsitzende des Landesarbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen (LACDJ) Dr. Alexander Ganter. Deshalb sei dieses Ereignis im Interesse aller. „Wir sollten das WM-Erlebnis wie in den Jahren zuvor ermöglichen“, fordert Dr. Ganter.

Rechtliche Unsicherheit herrscht bei der Durchführung von Public Viewing-Events. Die Kommunen müssen straßenrechtliche Sondernutzungen und gegebenenfalls gaststättenrechtliche Erlaubnisse aussprechen. Dabei müssen auch die Interessen der Anwohner berücksichtigt werden, die durch den Lärm zur späten Stunde besonders betroffen sind. Wie dies zu bewerten ist, ist rechtlich unklar. „Hier muss die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks Klarheit schaffen“, fordert der LACDJ.

Die Fußballweltmeisterschaft sollte gleichzeitig Anlass sein, den Lärmschutz zukünftig nicht nur an einzelnen Ereignissen zu messen, sondern auch über einen längeren Zeitraum die Gesamtbelastung zu berücksichtigen. Gerade in den Sommermonaten sind die Anwohner mancher Innenstädte durch viele Veranstaltungen, die jede für sich die Lärmschutzgrenzen einhält, beeinträchtigt. In der Summe aber könnten trotzdem unzumutbare Beeinträchtigungen entstehen. Hier muss der Gesetzgeber eine Gesamtlösung anbieten.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.